Zu viele kleine Behörden

Die Verwaltungsstrukturen im Südwesten sind laut Normenkontrollrat überholt. Die zu große Zahl an Behörden behindert schnelle Verfahren – nicht zuletzt bei Bauvorhaben.

Dass es bei vielen Bauvorhaben bei der Realisierung zu Verzögerungen kommt, liegt nach Einschätzung des Normenkontrollrats unter anderem daran, dass zu viele Behörden an den Genehmigungsverfahren beteiligt sind. Foto: imago/Rene Trautut

Von Renate Allgöwer

STUTTGART. Die Verwaltung im Land ist zum Teil aufgebläht und ineffizient, besonders im Baurecht. Das findet zumindest Gisela Meister-Scheufelen, die Vorsitzende des Normenkontrollrats, der sich dem Bürokratieabbau im Land verschrieben hat.

Baden-Württemberg kommt laut Meister-Scheufelen auf 207 Baurechtsbehörden, in Bayern reichen 138 und Nordrhein-Westfalen mit immerhin 18 Millionen Einwohnern – im Südwesten sind es mehr als elf Millionen – komme mit 212 Baurechtsbehörden aus, sagte Meister-Scheufelen unserer Zeitung.

Viel hilft aber nicht viel, sagt die Bürokratiekritikerin. Knapp 70 der Behörden hat der Normenkontrollrat in Kommunen mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern ausgemacht. Der Personalbestand reiche dort gar nicht aus, um den hohen Anforderungen an Brandschutz zum Beispiel bei neuen Materialien wie Holzbau gerecht zu werden.

Foto: Staatsministerium

„Angesichts der schwierigen Haushaltslage ist der Bürokratieabbau das Gebot der Stunde."

Gisela Meister-Scheufelen, Vorsitzende des Normenkontrollrats

Muss gar ein Gewerbebetrieb, eine Schule oder ein Kindergarten gebaut werden, wird es besonders schwierig, und die Genehmigung dauert zu lang, sagt Meister-Scheufelen. Der Normenkontrollrat hält daher eine Bündelung in größere Einheiten für sinnvoll.

Auch die zahlreichen Gutachterausschüsse in den Kommunen erachtet das Reformgremium der Landesregierung als wenig hilfreich, wenn es um die Beschleunigung von Baugenehmigungen geht. Zwar tut sich etwas. Das gesteht auch Meister-Scheufelen zu, aber es geht zu langsam. 2019 zählte man laut Finanzministerium in Baden-Württemberg insgesamt 830 Gutachterausschüsse. Am 1. Juli 2022 sind noch 193 im entsprechenden Verzeichnis gelistet. Auch das sind nach Auffassung der Kontrollratsvorsitzenden noch zu viele. Bayern habe 95.

Ein Gutachterausschuss wirkt mit bei der Wertermittlung von Grundstücken. Die Mitglieder erstellen Verkehrswertgutachten und ermitteln zum Beispiel Bodenrichtwerte. Vor allem führen sie Listen über die Kaufpreise und werten diese aus. Es gibt sie in großen Städten, in Gemeindeverwaltungsverbänden; manchmal haben sich halbe Landkreise zu einem Ausschuss zusammengetan, aber auch 2500-Einwohner-Dörfer unterhalten einen eigenen Ausschuss.

Die Ausschüsse müssen auch die Vorarbeit für die Erhebung der neuen Grundsteuer leisten. Meister-Scheufelen ist der Auffassung, „die Vielzahl der Ausschüsse dürfte mit ein Grund sein, warum wir es nicht schaffen, rechtzeitig zur Feststellungserklärung für die Grundsteuer die Datenbank Boris mit den Bodenrichtwerten zu füllen".

Großen Reformbedarf sieht Meister-Scheufelen aber auch in den Abläufen der Genehmigungsverfahren. Zu vieles passiere nach wie vor analog. Ihr Gremium spricht sich für Verfahrenssteuerer, für Termincontrolling und eine Kollaborationsplattform aus, auf der alle Beteiligten den Stand des Verfahrens einsehen können. Aus der Plattform könnte auch klar hervorgehen, wer wofür verantwortlich ist.

Die erste Amtszeit des Normenkontrollrats endet in diesem Jahr nach fünf Jahren. Da hat Meister-Scheufelen auch Lob für die Landesregierung. Die Weichen hin zu weniger Bürokratie seien gestellt. Beim neuen Landesrecht habe sich von 2018 bis 2021 Bürokratie im Gegenwert von 96 Millionen Euro abgebaut, heißt es im Bilanzbericht des Normenkontrollrats – zum Beispiel, weil bei Bauanträgen auf die Schriftform verzichtet werde, weil Aufstockungen erleichtert wurden, aber auch weil im öffentlichen Auftragswesen elektronische Rechnungen eingeführt wurden.

Die Vorsitzende würdigt besonders, dass die grün-schwarze Regierung in dieser Legislaturperiode möglichst 500 Millionen Euro Bürokratiebelastung abbauen will und die Ministerien zu einem Masterplan verdonnert hat. Die Koalition habe „den eigentlichen Kraftakt" aber noch vor sich, wenn nachhaltig nennenswert Bürokratie abgebaut werden solle. Für Meister-Scheufelen führt daran kein Weg vorbei: „Angesichts der schwierigen Haushaltslage und des Personalmangels ist der Bürokratieabbau das Gebot der Stunde. Er ist ein kostenloses Konjunkturprogramm", sagte sie unserer Zeitung.

Zugleich dringt sie auf eine raschere Digitalisierung. Ein Unding ist für sie, dass für mehr als tausend Verwaltungsvorgänge zurzeit noch die analoge Schriftform nötig sei. Sie ruft zu einer konzertierten Aktion auf, auf schriftliche Anträge und Bescheide weitgehend zu verzichten.

Expertengremium

Bürokratieabbau Der seit 2018 bestehende Normenkontrollrat (NKR) ist ein unabhängiges Expertengremium. Es hilft der Landesregierung beim Bürokratieabbau.

Folgekosten Im Rahmen des Regierungsprogramms für Bürokratievermeidung, Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung besteht die Aufgabe des NKR vor allem darin, die Ministerien bei der Darstellung und Berechnung des Erfüllungsaufwandes neuer Regelungen zu unterstützen. Bei allen Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften muss daher nach dem international anerkannten Standardkostenmodell berechnet werden, welche Folgekosten entstehen können. *red*